LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/2409
23. 06. 2008

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Hüttner (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Breitbanderschließung im ländlichen Raum

Die **Kleine Anfrage 1533** vom 30. Mai 2008 hat folgenden Wortlaut:

Eine großräumige, lückenlose Abdeckung durch Breitband-Internetzugänge ist heutzutage ein wichtiger Aspekt sowohl für den Privathaushalt als auch für sämtliche Branchen der Wirtschaft und wird somit immer unverzichtbarer, um schnell an die gewünschten Informationen zu gelangen.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie weit ist die flächendeckende Versorgung in den Verbandsgemeinden Rhein-Nahe, Gau-Algesheim, Sprendlingen-Gensingen und Bingen vorangeschritten?
2. Welche Gemeinden sind bisher noch unversorgt?
3. Wie wird der derzeitige Versorgungsstand beurteilt?
4. Sind der Landesregierung Maßnahmen bekannt, um den derzeitigen Versorgungsstand weiter zu erhöhen?
5. Welche konkreten Förderungen werden angeboten, um den un- bzw. unterversorgten Gemeinden einen unkomplizierten Zugang zur Breitbanderschließung zu gewährleisten?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Juni 2008 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Nach derzeitiger Kenntnis der Landesregierung kann für die genannten Verbandsgemeinden (VG) die jeweilige Breitbandverfügbarkeit für die VG Rhein-Nahe und die VG Sprendlingen-Gensingen als überdurchschnittlich und für die Stadt Bingen und die VG Gau-Algesheim als durchschnittlich bezeichnet werden.

Im Breitband-Atlas (www.zukunft-breitband.de) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) wird die Breitbandverfügbarkeit für alle Ortsgemeinden (OG) der genannten VG bis auf wenige Ausnahmen mit mindestens 75 % bis 95 %, häufig sogar mit über 95 %, angegeben. Nach den Angaben im Breitband-Atlas sind in den genannten VG die OG Breitscheid, Aspisheim und Wolfsheim bislang ohne jede Breitbandverfügbarkeit.

Weitere annäherungsweise Angaben über den Versorgungsgrad einzelner Gemeinden sind dem o. g. Breitband-Atlas zu entnehmen. Hierzu wird auch auf die Antwort der Landesregierung vom 18. Januar 2006 zu Frage 2 der Kleinen Anfrage 2929 (Drucksache 14/4941) verwiesen.

Im Rahmen des Maßnahmenplans der Landesregierung zur Beschleunigung des Breitband-Infrastrukturausbaus in Rheinland-Pfalz sollen u. a. zusätzliche Daten mittels einer Fragebogenaktion der kommunalen Spitzenverbände bei den Kommunen erfragt werden, die näheren Aufschluss über den Grad der Breitbandverfügbarkeit geben können.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 31. Juli 2008

Zu Frage 4:

Die Landesregierung unterstützt im Rahmen des o. g. Maßnahmenplans u. a. die Bemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften, die Breitbandversorgung zu verbessern. Der Maßnahmenplan umfasst u. a. ein Breitbandförderprogramm, Informationsangebote, direkte und indirekte Beratungsleistungen sowie die Unterstützung der Kommunen bei Gesprächen mit Funk- und Kabelnetzbetreibern sowie Festnetzanbietern.

Darüber hinaus ist der Landesregierung bekannt, dass auch im Landkreis Mainz-Bingen selbst – ebenso wie in anderen Landkreisen – Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung erörtert werden.

Zu Frage 5:

Zur finanziellen Unterstützung kommunaler Gebietskörperschaften, die beabsichtigen, die Breitbandversorgung zu verbessern, hat die Landesregierung das o. g. Breitbandförderprogramm aufgelegt, das derzeit der Europäischen Kommission zur Notifizierung vorliegt.

Förderfähig im Rahmen dieses Programms sind Zuschüsse der Zuwendungsempfänger an private oder kommunale Netzbetreiber zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke (Fehlbetrag zwischen Investitionskosten und Wirtschaftlichkeitsschwelle) bei Investitionen in leitungsgebundene oder funkbasierte Breitband-Infrastrukturen.

Der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn kann bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion schriftlich beantragt werden. Die VG und Landkreise wurden über diese Möglichkeit bereits informiert. Sobald die Fördergrundsätze bei der Europäischen Kommission notifiziert worden sind und das Breitbandförderprogramm in Kraft getreten ist, wird hierüber ebenfalls informiert.

Hendrik Hering
Staatsminister